

Einwendung Nr.3

Von:
Gesendet: Dienstag, 28. November 2023 12:04
An: Bauleitplanung
Betreff: Einwendung zum Bebauungsplan Nr. 9/11 "Am Ortsfelde" in Steinwedel

ACHTUNG: Diese Nachricht kommt von Extern. Öffnen Sie keine Links oder Dateien, wenn Sie den Absender nicht kennen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich beziehe mich auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit zum Bebauungsplan Nr. 9/11 "Am Ortfelde" in Steinwedel.

In Gesprächen begegne ich immer wieder Menschen, die in Lehrte und Umgebung eine bezahlbare Wohnung suchen. Diese Erfahrung vor Ort passt zu der allgemeinen Nachrichtenlage, nach der in Deutschland Hunderttausende von - bezahlbaren - Wohnungen fehlen. Der vorliegende Plan in Steinwedel beinhaltet jedoch vor allem Einfamilienhäuser, Doppelhaushälften und einige Reihenhäuser. Insbesondere die Einfamilienhäuser und Doppelhaushälften stellen eine Bebauungsform dar, die ausschließlich Menschen mit größerem Einkommen offensteht und größtmöglichen Flächenverbrauch bei geringstmöglicher Wohnraumbeschaffung verursacht. Lediglich drei "Alibi-Mehrfamilienhäuser" sind vorgesehen. Von einer "tragfähigen Mischung aus Einzel-, Doppel- und Reihenhäusern sowie Geschosswohnungsbauten", die "Angebote für den Wohnbedarf unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen" schafft, kann nach derzeitigem Planungsstand ebensowenig die Rede sein wie von einem schonenden Umgang mit Ressourcen.

Der Bebauungsplan orientiert sich mit ISEK aus dem Jahr 2015 an einem fast zehn Jahre alten Entwicklungskonzept, dem zwanzig Jahre altes Denken zugrunde liegt. Die Entwicklung von Neubaugebieten mit vorrangig Einfamilienhäusern zeigt selbst in Steinwedel, wie wenig nachhaltig das Konzept ist: Nach spätestens 15 Jahren sind die Kinder der ehemals jungen Familien aus dem Haus und das Einfamilienhaus wird von zwei maximal zwei Personen bewohnt. Sofern keine Trennungen oder Todesfälle dazu führen, dass Einzelpersonen zurückbleiben. Von dieser Entwicklung wird auch das geplante Neubaugebiet keine Ausnahme darstellen.

Die alt gewordenen Paare oder zunehmend alleinstehenden Personen in den Häusern denken vielleicht irgendwann darüber nach, sich zu verkleinern. Sie werden aber in ihrem sozialen Umfeld keine bezahlbare Wohnung finden, weil ja fast ausschließlich neue Einfamilienhäuser statt Wohnungen gebaut werden. Auf diese Weise werden - häufig unfreiwillig - viele Quadratmeter Wohnraum blockiert, die von gut situierten Familien effizienter genutzt werden könnten. Für weniger gut situierte Menschen, z.B. junge Familien ohne Erbschaft im Hintergrund oder eben ältere Menschen, ist es im Sinne einer sozialen Durchmischung notwendig, ausreichend Mietwohnungen zur Verfügung zu stellen. Auch im dörflichen Raum.

Zu der sozialen Verantwortung gegenüber Bevölkerungsschichten mit mittleren und geringen Einkommen kommt die Verantwortung, unseren Kindern und Enkeln möglichst funktionierende Lebensgrundlagen zu hinterlassen. Der geplante Flächenverbrauch für Einfamilienhäuser plus Einzel-PKW-Stellplätzen auf den Grundstücken wird zu stark versiegelten Parzellen führen. Die Erhitzung von versiegelten Flächen ist enorm. Ebenso der Verlust von Lebensraum z.B. für Insekten, Kleinsäuger, Vögel usw. In Zeiten der Klimakrise und des Artensterbens sollte Versiegelung in einem sinnvollen Verhältnis zum Nutzen stehen. Dies ist im vorliegenden Bebauungsplan nicht der Fall. Es werden keine Aussagen darüber getroffen, wie sich ein Baugebiet mit vorwiegend Einfamilienhäusern z.B. im Gegensatz zu einem Baugebiet mit einem größeren Anteil an Mehrfamilienhäusern auf Klima und Umwelt auswirkt. Diese Unterlassung ignoriert den Stellenwert von Klimaschutz, den das Bundesverfassungsgericht 2021 bestätigt hat.

Zur Bekämpfung der aktuellen Wohnungsnot halte ich es deshalb für erforderlich, mindestens fünf Mehrfamilienhäuser mit jeweils acht Wohneinheiten im Baugebiet zu entwickeln. Um dafür Platz zu schaffen, sollen nicht mehr als zehn Einfamilienhäuser entstehen. Für die übrigen Flächen sind Reihenhäuser vorzusehen. So wird ein Beitrag zur Lösung der Probleme am Wohnungsmarkt geleistet und die Klimabilanz verbessert.

Für das gesamte Baugebiet sollen zentrale Parkplatzanlagen pro Gebäudeeinheit im vorderen Bereich frei gehalten werden. Damit wird die Schaffung eines verkehrsberuhigten Bereichs ohne Parkplätze im öffentlichen Raum im hinteren Bereich möglich und das Verhältnis von Versiegelung und offenen Flächen verbessert.

Es soll Platz geschaffen werden für die Anpflanzung von mindestens 40 großen Bäumen im öffentlichen Straßenraum, um Kühlung durch Schatten und Verdunstung zu gewährleisten.

Die bisherigen Überlegungen zum Klimaschutz sind komplett unzureichend. Es ist quantitativ zu ermitteln, welche CO²-Emissionen durch den Bau und die zukünftige Nutzung des Baugebiets entstehen und welche Belastung bei alternativen Konzepten entstände. Nur so können die Auswirkungen auf das Klima und der Beitrag des Projekts zur CO₂-Bilanz zutreffend in den Entscheidungen berücksichtigt werden.

Mit freundlichen Grüßen